

Inhalt

Vorwort	9
Abkürzungsverzeichnis	11
Literaturverzeichnis	15
1. Einführung	23
1.1 Problemaufriss	23
1.2 Gang der Darstellung	25
2. Grundelemente der wehrhaften Demokratie	29
2.1 Das Parteiverbot	31
2.1.1 Die freiheitliche demokratische Grundordnung als Schutzgut des Parteiverbots	31
2.1.2 Finalität, aktives Handeln und Potenzialität als Voraussetzung der Verfassungswidrigkeit	32
2.1.3 Das Verbotsverfahren	33
2.1.4 Das sog. „Parteienprivileg“ und seine Reichweite	34
2.1.5 Die Rolle der Verfassungsschutzbehörden	35
2.2 Ausschluss von staatlicher Finanzierung	36
2.3 Vereinigungsverbot	37
2.4 Verwirkung von Grundrechten	39
2.5 Zwischenergebnis	40
3. Extremisten in den kommunalen Vertretungskörperschaften	42
3.1 Die Wahl zu und die Mitgliedschaft von Extremisten in den Vertretungskörperschaften	44
3.1.1 Fragen der Wählbarkeit	44
3.1.2 Aberkennung der Wählbarkeit nach Art. 18 GG, § 39 Abs. 2 BVerfGG	46
3.1.3 Die Folgen eines Partei- und Vereinigungsverbots	47
3.1.4 Zwischenergebnis	50
3.2 Das Recht der Fraktionen	51
3.2.1 Fraktionsmindeststärke	52
3.2.2 Voraussetzungen der Fraktionsbildung	54
3.2.3 Gleichbehandlung aller Fraktionen im Rat	56
3.2.4 Fraktionsfinanzierung	59
3.2.4.1 Geltende Rechtslage	60
3.2.4.2 Reformoptionen	61
3.2.5 Zwischenergebnis	62

3.3	Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte der Fraktionen bzw. einzelner Mitglieder der Vertretungskörperschaften	62
3.3.1	Recht zur Benennung von Tagesordnungspunkten	63
3.3.2	Auskunftsrechte	67
3.3.3	Zwischenergebnis	70
3.4	Der rechtliche Rahmen für den Ablauf von Sitzungen in den kommunalen Vertretungskörperschaften	70
3.4.1	Das Gebot des fairen Umgangs mit dem politischen Gegner	71
3.4.2	Befugnisse des Sitzungsleiters	75
3.5	Besetzung von Ausschüssen, Gremien und sonstige Personalentscheidungen	76
3.5.1	Besetzung von Ausschüssen	78
3.5.1.1	Der Grundsatz der Spiegelbildlichkeit	78
3.5.1.2	Zur Umsetzung des Spiegelbildlichkeitsgrundsatzes im Kommunalverfassungsrecht der Länder	80
3.5.1.2.1	Einvernehmliche Besetzung der Ausschüsse	81
3.5.1.2.2	Wahl der Ausschussmitglieder	81
3.5.1.2.3	Die Benennung von Ausschussmitgliedern	83
3.5.1.2.4	Sitzzuteilungsverfahren	84
3.5.1.3	Ausschussvorsitzende	84
3.5.1.3.1	Bestimmung der Ausschussvorsitzenden	84
3.5.1.3.2	Abberufung von Ausschussvorsitzenden	88
3.5.2	Andere Gremien	89
3.5.2.1	Allgemeines	89
3.5.2.2	Insbesondere: Besetzung von Sparkassengremien	91
3.5.3	Sonstige Wahlen	94
3.5.3.1	Bestimmung der Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden der Vertretungskörperschaften	94
3.5.3.2	Wahlen zu sonstigen Führungsämtern	97
3.5.4	Zwischenergebnis	98
4.	Angehörige extremistischer Parteien und Wählervereinigungen als Hauptverwaltungsbeamte	100
4.1	Die kommunalverfassungsrechtliche Stellung des Hauptverwaltungsbeamten	102

4.1.1	Hauptverwaltungsbeamte als Vertreter und Repräsentanten ihrer Kommune	102
4.1.2	Wahrnehmung kommunaler Aufgaben	103
4.1.3	Die Rolle des Hauptverwaltungsbeamten in den kommunalen Vertretungskörperschaften	106
4.1.4	Hauptverwaltungsbeamte als Leiter der Kommunalverwaltungen	107
4.1.5	Zwischenergebnis	107
4.2	Das Recht der kommunalen Wahlbeamten	108
4.2.1	Dienst- und Treuepflichten im Beamtenverhältnis	108
4.2.2	Begründung des Beamtenverhältnisses eines kommunalen Wahlbeamten	110
4.2.2.1	Keine Geltung des Grundsatzes der Bestenauslese	110
4.2.2.2	Verfassungstreue als Wählbarkeitsvoraussetzung	111
4.2.2.3	Prüfung der Wählbarkeit	113
4.2.2.3.1	Die Zulassung zur Wahl	113
4.2.2.3.2	Kontrollmöglichkeiten nach der Wahl	116
4.2.3	Durchsetzung der Verfassungstreue nach Amtsantritt	117
4.2.3.1	Die Abwahl von Hauptverwaltungsbeamten	117
4.2.3.2	Parteiverbot und Grundrechtverwirkung	118
4.2.3.3	Disziplinarische Entfernung aus dem Beamtenverhältnis	120
4.2.4	Bedeutung der Mitgliedschaft in einer verfassungsfeindlichen Partei.....	121
4.2.5	Zwischenergebnis	123
4.3	Sonstige Bedienstete der Kommunalverwaltung	124
5.	Das kommunalverfassungsrechtliche System der Rechtmäßigkeitskontrolle	125
5.1	Die kommunalinternen Kontrollmechanismen	125
5.1.1	Kontrolle durch die Vertretungskörperschaft	125
5.1.2	Kontrolle durch den Hauptverwaltungsbeamten	126
5.2	Staatliche Aufsicht	127
5.3	Zuständigkeiten	128
5.4	Zwischenergebnis	129

6.	Chancengleichheit und Neutralitätsprinzip als Grenzen des kommunalpolitischen Entscheidungsspielraums	130
6.1	Bekämpfung extremistischen Gedankenguts als kommunale Aufgabe?	131
6.2	Grenzen kommunaler Öffentlichkeitsarbeit	133
6.2.1	Kommunale Kompetenz zur Öffentlichkeitsarbeit	134
6.2.2	Sachlichkeits- und Richtigkeitsgebot	136
6.2.3	Neutralitätspflicht	138
6.2.3.1	Die Reichweite der Neutralitätspflicht	138
6.2.3.2	Kommunikative Verfassungsverteidigung auch auf kommunaler Ebene?	139
7.	Zusammenfassung der Ergebnisse in Thesen	142
7.1	Zur Bedeutung der Instrumente der wehrhaften Demokratie für die kommunale Ebene	142
7.2	Resilienz des kommunalen Verfassungsrechts	143
7.3	Verfassungsfeinde in den kommunalen Vertretungskörperschaften	144
7.4	Verfassungsfeinde als Hauptverwaltungsbeamte?	148
7.5	Interne Kontrolle sowie externe Rechts- und Fachaufsicht über die Kommunen als weitere Resilienzfaktoren	150
7.6	Chancengleichheit und Neutralitätspflicht als Grenzen des kommunalpolitischen Entscheidungsspielraums	150
7.7	Gesamtfazit	151
	Stichwortverzeichnis	155